



Kommentar: Es sind nicht immer die arbeitsscheuen Bürger –
manchmal ist es ein krankes System

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Ein Mensch ist krank. Er geht zum Arzt. Der Arzt schreibt ihn krank. Und irgendwo in einem Ministerium in Paris hebt jemand die Augenbraue und denkt: *Verdächtig*.

So beginnt sie, die stille Verschiebung einer politischen Erzählung. Aus Krankheit wird Kostenfaktor. Aus dem Patienten ein potenzieller Betrüger. Und aus dem Sozialstaat ein Kontrollapparat mit Misstrauensreflex.

Es ist eine alte Geschichte, neu erzählt – mit dem Pathos der Haushaltsdisziplin und dem Vokabular der Ordnungspolitik.

Die bequeme Erzählung vom faulen Menschen

Der arbeitsscheue Bürger ist eine politische Lieblingsfigur. Er ist unscharf, anonym, aber ungemein nützlich. Man kann ihm vieles zuschreiben: Faulheit, Bequemlichkeit, moralische Laxheit. Und vor allem: Verantwortung für steigende Kosten.

Wer diese Figur bemüht, muss weniger über strukturelle Probleme sprechen. Über schlechte Arbeitsbedingungen etwa. Über chronischen Stress. Über psychische Erschöpfung, die nicht spektakulär genug ist für Schlagzeilen, aber real genug für Krankmeldungen.

Es ist einfacher, den Verdacht zu säen, als die Ursachen zu analysieren.

Denn die Ursachen sind unerquicklich. Sie haben mit Arbeitsverdichtung zu tun, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit einer Ökonomie, die Effizienz predigt und Verschleiß produziert. Wer darüber spricht, müsste auch über Verantwortung sprechen – nicht nur die der Arbeitnehmer, sondern auch die der Arbeitgeber und der Politik selbst.

Krankheit als politisches Problem

In dem Moment, in dem Krankheit zur haushaltspolitischen Variable wird, verändert sich der Blick. Es geht nicht mehr primär um Genesung, sondern um Dauer. Nicht um Heilung, sondern um Kosten.

Die Logik ist bestechend schlicht: Wenn Krankmeldungen teuer sind, dann müssen sie reduziert werden. Und wenn sie sich nicht von selbst reduzieren, dann eben durch Regeln, Kontrollen, Begrenzungen.



Kommentar: Es sind nicht immer die arbeitsscheuen Bürger –
manchmal ist es ein krankes System

So entsteht eine Politik, die Symptome verwaltet, aber Ursachen ignoriert.

Der kranke Mensch wird zum Gegenstand administrativer Optimierung. Seine Arbeitsunfähigkeit wird vermessen, standardisiert, normiert. Wie lange darf man krank sein? Wann ist man „zu lange“ krank? Und wer entscheidet das eigentlich – der Arzt oder der Haushalt?

Die Antwort scheint zunehmend klar: Der Haushalt.

Der Arzt unter Generalverdacht

Besonders bemerkenswert ist, wie beiläufig dabei ein anderer Berufsstand in Mithaftung genommen wird: die Ärzte.

Wer Krankschreibungen begrenzen will, muss implizit unterstellen, dass sie zu großzügig ausgestellt werden. Dass Ärzte also nicht nur heilen, sondern auch – bewusst oder unbewusst – zur Kostenexplosion beitragen.

Das ist ein bemerkenswerter Vertrauensbruch.

Die ärztliche Entscheidung, die eigentlich dem individuellen Gesundheitszustand verpflichtet ist, wird politisch gerahmt. Sie soll künftig weniger individuell und mehr regelkonform sein. Weniger medizinisch und mehr fiskalisch kompatibel.

Man könnte auch sagen: Der Arzt wird zum verlängerten Arm der Haushaltsdisziplin.

Die Illusion der einfachen Lösung

Natürlich hat die Regierung recht: Die Kosten steigen. Und natürlich ist es legitim, darauf zu reagieren. Kein Sozialstaat kann dauerhaft ignorieren, wenn Ausgaben aus dem Ruder laufen.

Aber die entscheidende Frage ist: *Wie* reagiert man?

Die derzeitige Antwort wirkt wie die klassische politische Abkürzung. Sie ist sichtbar, schnell umsetzbar und kommunikativ wirksam. Man zeigt Handlungsfähigkeit, setzt Grenzen, kündigt Kontrollen an.

Das Problem ist nur: Abkürzungen führen selten ans Ziel.



Kommentar: Es sind nicht immer die arbeitsscheuen Bürger –
manchmal ist es ein krankes System

Wer Krankschreibungen künstlich verkürzt, verkürzt nicht automatisch Krankheiten. Wer Menschen früher zurück an den Arbeitsplatz zwingt, macht sie nicht gesünder. Im Gegenteil: Man riskiert Rückfälle, Chronifizierung, längere Ausfälle in der Zukunft.

Die kurzfristige Einsparung kann sich langfristig als teurer Irrtum erweisen.

Arbeit trotz Krankheit – das neue Ideal?

Besonders zynisch wird die Debatte dort, wo Krankheit und Arbeit nicht mehr als Gegensätze gedacht werden. Plötzlich erscheint es als vernünftig, dass man auch krank noch ein bisschen arbeiten kann. Vielleicht im Homeoffice. Vielleicht reduziert. Vielleicht irgendwie.

Das klingt flexibel, modern, pragmatisch.

Es ist in Wahrheit eine Grenzverschiebung.

Denn was hier geschieht, ist nichts anderes als die schleichende Normalisierung des Arbeitens trotz Krankheit. Wer nicht mehr klar krank ist, sondern nur noch „teilweise arbeitsfähig“, verliert einen Teil seines Schutzes.

Die Botschaft lautet dann: Ganz krank ist man eigentlich nie.

Und wer nie ganz krank ist, ist immer ein bisschen verfügbar.

Der Preis des Misstrauens

Das eigentliche Problem dieser Politik liegt tiefer. Es ist nicht nur eine Frage von Zahlen und Budgets. Es ist eine Frage des gesellschaftlichen Klimas.

Ein Sozialstaat lebt vom Vertrauen. Davon, dass Menschen sich abgesichert fühlen, wenn sie krank sind. Davon, dass sie nicht ständig beweisen müssen, dass ihre Krankheit legitim ist.

Wenn dieses Vertrauen erodiert, verändert sich das System fundamental.

Dann wird aus Solidarität Kontrolle. Aus Absicherung Misstrauen. Und aus dem Bürger ein potenzieller Verdächtiger.

Das mag kurzfristig politisch opportun sein. Es ist langfristig gesellschaftlich gefährlich.



Kommentar: Es sind nicht immer die arbeitsscheuen Bürger –
manchmal ist es ein krankes System

Die unbequeme Wahrheit

Die unbequeme Wahrheit ist: Es sind nicht immer die arbeitsscheuen Bürger.

Es sind oft erschöpfte Bürger. Überlastete Bürger. Bürger, die in Arbeitswelten funktionieren müssen, die wenig Raum für Schwäche lassen.

Und es ist ein System, das diese Realität lange ignoriert hat.

Wer ernsthaft weniger Krankmeldungen will, muss dort ansetzen. Bei den Arbeitsbedingungen. Bei der Prävention. Bei der Wiedereingliederung. Bei der Frage, wie Arbeit organisiert ist – und für wen.

Das ist mühsam. Es kostet Geld. Es bringt keine schnellen Schlagzeilen.

Aber es wäre ehrlich.

Stattdessen entscheidet man sich für den bequemeren Weg: Man verschärft die Regeln und hofft, dass die Zahlen folgen. Man appelliert an Verantwortung und meint Kontrolle.

Und man erzählt sich die alte Geschichte vom faulen Bürger – weil sie so wunderbar entlastet.

Nur stimmt sie eben nicht. Zumindest nicht in der Einfachheit, in der sie politisch so gerne erzählt wird.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker